

nen des Verbandes besonders in ländlichen Gebieten des Inlandes deutliche Auflösungserscheinungen. In vielen Dörfern, Behörden, Unternehmen und Schulen bestünde der Kommunistische Jugendverband nur noch dem Namen nach (*mingcun shiwang*).

Die Ursachen für diesen Verfall seien vielfältig: Parteiorgane kümmerten sich nicht intensiv genug um die Nachwuchsarbeit; unter den Bedingungen der Reform- und Öffnungspolitik seien viele der früheren Funktionen des KJV (etwa Bereitstellung von Aktivisten in der Mobilisierung zu Massenkampagnen) verloren gegangen; die Motivation von Mitgliedern und Kadern sei allgemein gesunken. (DX, 95/4, S.23)

Bei vielen der offiziell 56 Mio. KJV-Mitglieder (1993) handelt es sich allem Anschein nach um "Karteileichen". Im November 1994 hatte eine Plenartagung des KJV-Zentralkomitees einen Beschluß zur organisatorischen Stärkung des KJV gefaßt. Darin war auf gelähmte Basisorganisationen in ländlichen und armen Inlandsregionen hingewiesen worden sowie auf die Notwendigkeit, die KJV-Organisationen besonders innerhalb der Privat- und Kollektivbetriebe zu beleben. (Xinhua, 25.11.94) -hei-

*(17)

Bewaffnete, überregionale Untergrundorganisation zerschlagen

Nach Meldungen der Hongkonger Zeitschrift *Trends* (DX, 95/4, S.15-16) haben chinesische Sicherheitskräfte im Februar dieses Jahres eine antikommunistische Untergrundorganisation namens "Demokratische Allianz - Front für die Gründung eines neuen China" zerschlagen.

Die Organisation soll im September 1993 in der nordchinesischen Küstenmetropole Dalian gegründet worden. Daher benutzten die Mitglieder auch die Kurzbezeichnung "Front des Septembers 1993" (*jiusan jiu zhenxian*). Im Herbst 1994 soll die Gruppe ihr Hauptquartier in den Kreis Pinggu (zum Beijinger Stadtgebiet gehörig) verlegt haben. Organisatorische Zellen existierten in Dalian, Xi'an, Shenzhen, Guangzhou, Jinan, Fuzhou und Kunming.

Der harte Kern der Untergrundvereinigung soll aus über vierzig Personen bestanden haben. Darunter befanden sich auch unzufriedene Kader und demobilisierte Soldaten. Ein Teil der Mit-

glieder bestand aus Angehörigen von während der Protestbewegung 1989 umgekommenen Demonstranten. Andere verstanden sich als Opfer früherer politischer Verfolgungen unter dem kommunistischen Regime. Die Gruppe hortete offenbar ein beachtliches Arsenal verschiedenartiger Waffen und konnte auf regelmäßige finanzielle Zuwendungen zurückgreifen, die auch aus dem Ausland gekommen sein sollen.

Erklärtes Ziel der Gruppe war es, ein "freies, demokratisches, geeintes, neues China ohne Privilegien, Ausbeutung und Unterdrückung" zu gründen. Gewaltlose aber auch "notwendige" gewaltsame Aktionen wurden mit dem Ziel geplant, die Kommunistische Partei zu stürzen. Zum Teil traf man sich mit Sympathisanten unter dem Deckmantel kultureller, touristischer oder auch archäologischer Hobbygruppen.

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MfÖS) wurde offenbar schon frühzeitig auf die Untergrundorganisation aufmerksam und gründete eine Sonderuntersuchungsgruppe, um das überregionale Netzwerk der Organisation aufzudecken und mit einem Schlag zu zerstören. Erfahrene Sicherheitsfachleute wurden zu diesem Zwecke zusammengezogen. Zwei V-Männer konnten erfolgreich in die Organisation eingeschleust werden (beide sind später wegen ihrer Verdienste ausgezeichnet worden). Ende Februar dieses Jahres gingen nach sorgfältiger Vorbereitung in mehreren Städten gleichzeitig Einheiten des MfÖS und der Bewaffneten Volkspolizei gegen den harten Kern der Untergrundorganisation vor und verhafteten die wichtigsten Aktivisten.

Der Hongkonger Zeitschrift zufolge fällt ein Sonderstrafgericht in einem nicht-öffentlichen Verfahren schon wenige Wochen nach der Verhaftung die Urteile über die mehr als vierzig Haupttäter: 15 wurden zum Tode verurteilt, die anderen zu Freiheitsstrafen zwischen zehn und zwanzig Jahren. Keines dieser Urteile drang bisher an die Öffentlichkeit.

Meldungen über terroristische Gruppierungen sind seit den achtziger Jahren immer wieder ins Ausland gelangt. Bisher allerdings hatte es sich meist um lokale Geheimbünde gehandelt, die sich an örtlichen Kadern wegen deren Repressalien oder Amtsmissbräuchen rächen wollten. Die "Front des Septembers 1993" dagegen stellt durch ihren überregionalen Charakter einen Aus-

nahmefall dar und wurde dementsprechend vom Sicherheitsapparat mit besonders großem Aufwand verfolgt, obwohl die Gruppe offenbar noch keine terroristischen Aktionen durchgeführt hatte. -hei-

Kultur und Gesellschaft

*(18)

Hochschulreform

In diesem Jahr schreitet die Hochschulreform hinsichtlich der Studienplatzvergabe und der Arbeitsplatzzuteilung der Absolventen weiter voran (vgl. dazu C.a., 1994/2, Ü 15 u. 1994/4, Ü 14). Mit der Reform wird das Ziel verfolgt, daß bis zum Jahr 1997 die meisten Hochschulen Chinas ein zweigleisiges System der Zulassung praktizieren, d.h. ein Mischsystem, in dem die Hochschulen einerseits einen bestimmten Anteil von Studenten nach dem staatlichen Plan und entsprechend mit staatlicher Finanzierung aufnehmen und andererseits Selbstzahler aufnehmen, die sie selbst auswählen können. Bis zum Jahr 2000 sollen alle Studenten in der Regel ihr Studium selbst finanzieren und sich nach dem Studium auch selbst eine Stellung suchen (vgl. GMRB, XNA, 8.4.95). Während das neue System im vergangenen Jahr erst an rund vierzig Hochschulen eingeführt war, ist es in diesem Jahr auf gut hundert Hochschulen ausgedehnt worden.

Der Staat kann das Hochschulstudium aufgrund der Haushaltslage nicht mehr allein finanzieren; deshalb wurde im vergangenen Jahr mit der Reform begonnen. Diese bringt dem Staat jedoch nicht nur Vorteile, denn zum einen verliert er sein Monopol über die Vergabe der Studienplätze, zum anderen muß er befürchten, daß die Hochschulen bei der Auswahl der Studenten andere Kriterien anwenden als der Staat, also im wesentlichen ihre Studenten nach finanziellen Gesichtspunkten auswählen. Dies birgt zweierlei Gefahren, nämlich Niveauperlust und Nachwuchsprobleme in Mangelfächern. Beide sind darauf zurückzuführen, daß die Hochschulen in erster Linie Studenten betuchter Eltern aufnehmen oder solche, denen das Studium von finanzkräftigen Firmen und sonstigen Organisationen bezahlt wird. Wenn außer den Studiengebühren auch noch Spenden fließen, wird an

manchen Hochschulen die erforderliche Punktzahl in den Aufnahmeprüfungen nicht selten herabgesetzt, oder es wird nicht der Bedarf des Staates an bestimmten Fachleuten berücksichtigt, sondern statt dessen der Studienwunsch der zahlungskräftigsten Studenten.

Um diesen Gefahren und negativen Tendenzen, die sich aus den Reformen ergeben, vorzubeugen, hat die Staatliche Bildungskommission jetzt eine Reihe von Bestimmungen erlassen (vgl. GMRB, 8.4.95):

- Die Hochschulen, die nach dem alten und neuen Zulassungssystem verfahren, sollen die Reform durch entsprechende Maßnahmen vorbereiten, insbesondere Stipendien und Darlehen für bedürftige Studenten einrichten. Außerdem muß garantiert sein, daß die vom Staat dringend benötigten Fachleute ausgebildet werden.
- Die Studiengebühren müssen sich nach der Einkommenssituation der Familien richten und dürfen nicht heraufgesetzt werden. (Das Studiengeld soll pro Jahr nicht mehr als 1.000 bis 1.500 Yuan betragen, was etwa einem Viertel des Jahreseinkommens einer Durchschnittsfamilie entspricht; XNA, 8. u. 20.4.95.)
- Die Hochschulen müssen unbedingt die Studenten aufnehmen, die im Rahmen der staatlichen Planung studieren. Sie dürfen in keiner Weise die Anforderungen bei der Zulassung heruntersetzen, um Studenten mit spendenfreudigen Eltern oder Einheiten aufzunehmen. Außerdem dürfen sie nur die staatlicherseits festgelegte Zahl von Studenten, sei es innerhalb des Plans, sei es außerhalb des Plans, aufnehmen. Wird die Zahl überschritten, so dürfen diese Studenten nicht den Studentenstatus und keine Diplome erhalten.
- Hochschulabsolventen von der Zentrale unterstellten regulären Hochschulen, die Studenten nach beiden Systemen aufnehmen, können entscheiden, ob sie nach Beendigung des Studiums selbst eine Stellung innerhalb des eigenen Systems oder der eigenen Branche suchen wollen (d.h. zur Zeit weist ihnen ggf. noch der Staat eine Stelle zu). Die Tendenz soll dahin gehen, daß sich alle Absolventen selbst einen Arbeitsplatz suchen.
- Bei regulären Hochschulen, die einer Provinz unterstellt sind und die Studenten nach dem alten und neuen System aufgenommen haben, entscheidet die jeweilige Provinz, ob sich die

Hochschulabsolventen nur in der jeweiligen Provinz eine Stellung suchen dürfen oder ob sie auch in andere Provinzen gehen können.

- Hochschulen, die nicht vom Staat die Genehmigung haben, dürfen keine Studenten auf Empfehlung aufnehmen. Die Unterlagen der empfohlenen Kandidaten müssen von den Zulassungsstellen auf Provinzebene geprüft werden. Empfohlene Kandidaten, bei denen die Bestimmungen mißachtet wurden und deren Anteil eigenmächtig erweitert wurde, erhalten keine Registrierung zum Studium, und den betr. Hochschulen entzieht die Staatliche Bildungskommission je nach Lage der Dinge die Qualifikation, Studenten auf Empfehlung (d.h. ohne Aufnahmeprüfung) aufzunehmen.
- Selbstzahlende Studenten oder solche, denen das Studium von dritter Seite finanziert wird, müssen streng nach den Kriterien der Staatlichen Bildungskommission zugelassen werden. Wenn sie die Prüfungsanforderungen nicht erfüllen, dürfen sie nicht zugelassen werden.
- Das Recht der Studenten, sich die Hochschule auszuwählen, ist zu respektieren. Hochschulen, die nur Studenten aufnehmen, die an erster Stelle diese Hochschulen genannt haben, müssen dies vor den Prüfungen bekanntgeben. Wenn das Reservoir der Kandidaten nicht ausreicht, dürfen diese Hochschulen keine Studenten mit anderen Hochschulwünschen aufnehmen. Hochschulen, die sich vorher nicht festlegen, können auch Kandidaten mit anderen Wünschen aufnehmen, doch müssen diese Kandidaten den Anforderungen entsprechen.

Diese Bestimmungen sollen gewährleisten, daß nur qualifizierte Studienanfänger einen Studienplatz erhalten, daß die Hochschulen keine unangemessen hohen Studiengelder verlangen, daß der vom Staat benötigte Nachwuchs ausgebildet wird und daß die Hochschulen ihre Studenten nicht nach finanziellen Gesichtspunkten auswählen. -st-

*(19)

Unternehmenbetriebene Schulen

Die Staatliche Bildungskommission hat kürzlich "Einige Meinungen betreffend die derzeitige Arbeit von Unternehmen, die Grund- und Mittelschulen betreiben" verbreitet. In dem Dokument werden die Unternehmen aufgefordert, im

Prozeß der Umgestaltung ihres Betriebes und der Errichtung eines modernen Betriebssystems weiterhin auch gute Arbeit bezüglich der von ihnen errichteten Schulen zu leisten. Insbesondere sollten sie die Leitung und Verwaltung ihrer Schulen verbessern, mehr Geld in die Schulen investieren, die legitimen Rechte der Lehrer entsprechend dem Lehrergesetz bewahren und das Lehrerkontingent stabil halten. Wo es die Bedingungen erlauben, so heißt es weiter, können die örtlichen Stellen und Abteilungen unternehmenbetriebene Schulen subventionieren. (RMRB, GMRB, 4.4.95) Zumal staatseigene Betriebe sind durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft verschuldet und vernachlässigen offenbar zunehmend die von ihnen betriebenen Schulen. Auch nichtstaatliche Unternehmen können in Schwierigkeiten geraten und entziehen sich dann der Verantwortung für die von ihnen gegründeten Schulen. Der Staat ist jedoch auf das Engagement der Unternehmen bei der Finanzierung von Schulen aufgrund der knappen öffentlichen Haushalte angewiesen.

Aus dem Schriftstück geht hervor, daß städtische Betriebe, die Schulen betreiben, die Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen zurückerstattet bekommen. Die Ergänzungsabgabe ist von allen steuerpflichtigen Einheiten zu zahlen. In dem Dokument wird dazu aufgerufen, die Rückerstattung der Abgabe an die in Frage kommenden städtischen Unternehmen gewissenhaft zu vollziehen. Die lokale Ebene kann je nach den Bedingungen der Unternehmen, die Grund- und Mittelschulen betreiben, hinsichtlich der Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen den betr. Betrieben Vergünstigungen gewähren. Die lokalen Ämter für das Bildungswesen werden angehalten, die Leitung und Kontrolle der unternehmenbetriebenen Schulen zu verstärken und diese Grund- und Mittelschulen in die Gesamtplanung für die Entwicklung des örtlichen Bildungswesens und die Einführung der neunjährigen Schulpflicht aufzunehmen. Im übrigen wird festgehalten, daß die von Unternehmen betriebenen Grund- und Mittelschulen den von der örtlichen Verwaltung betriebenen Schulen gleichgestellt sind. (Ebd.)

Ausdrücklich wird darauf verwiesen, daß verschiedene Formen und Modelle des Betriebes von Schulen möglich seien, doch dürfe die gesunde Entwicklung der Betriebsschulen nicht beeinträchtigt werden. Ohne Billigung der Volksregierung auf Kreisebene dürfe

kein Unternehmen den Betrieb seiner Schule einstellen. Grund- und Mittelschulen, die von Staatsunternehmen finanziert werden, stellen für den Staat einen unverzichtbaren Bestandteil der Bildungsressourcen dar; Übergriffe auf Eigentum solcher Schulen würden geahndet. Bei Grund- und Mittelschulen von bankrotten oder Verluste machenden Unternehmen sollten die örtlichen Regierungen im Prinzip dafür sorgen, daß diese Schulen schrittweise von der Gesellschaft übernommen und weitergeführt werden. (Ebd.)

Die Meinungsäußerung der Staatlichen Bildungskommission war notwendig geworden, weil es ganz offensichtlich mit den unternehmenbetriebenen Schulen nicht immer zum besten steht. In Ermangelung einer gesetzlichen Regelung für solche Schulen stellt sie eine Richtlinie dar, nach der die örtlichen Bildungsämter verfahren können, solange es kein spezielles Gesetz gibt. Sie zielt darauf ab, unter allen Umständen den Betrieb dieser Schulen zu gewährleisten. Bei finanziellen Schwierigkeiten soll notfalls eine Ersatzfinanzierung gefunden werden. Angesichts des großen Bedarfs an Grund- und Mittelschulen, der sich aus der Einführung der allgemeinen Schulpflicht ergibt, ist der Staat auf Schulgründungen von nichtstaatlicher Seite angewiesen. Es fehlen vor allem Mittelschulen der Sekundarstufe I, weil derzeit und in den kommenden Jahren aufgrund der Ausweitung der neunjährigen Schulpflicht gerade hier ein großer Schüleransturm zu verzeichnen ist. In der Provinz Fujian beispielsweise wird der Ansturm auf die Mittelschulen 1997 seinen Höhepunkt erreichen. Um ihn bewältigen zu können, braucht die Provinz 250 bis 300 neue Sekundarschulen (SCMP, 10.4.95). In anderen Provinzen - mit Ausnahme der provinzfürfreien Städte, wo das Schulwesen gut ausgebaut ist, - dürfte es ähnlich aussehen. Der Staat ist nicht in der Lage, diesen Bedarf an Schulen mit eigenen Mitteln zu decken. -st-

*(20)

Wie China Datenautobahnen nutzen will

China ist dabei, den Weg in die Informationsgesellschaft zu gehen, und hat bereits mit dem Aufbau eines Informationssystems nach modernster Technik begonnen (vgl. dazu C.a., 1994/5, Ü 15 u. 1994/11, Ü 17). Dazu gehört vor allem der Ausbau von Datenauto-

bahnen. Wie China diese nutzen will, hat kürzlich der Vorstandsvorsitzende der AT & T Co. China erläutert (vgl. GMRB, 28.3.95). Er nannte insgesamt vier Anwendungsbereiche, die speziell für China von Vorteil sind:

1. Datenautobahnen können den Unterschied zwischen dem städtischen und ländlichen Erziehungssystem überwinden, denn über sie kann eine kleine Zahl von Lehrern eine große Zahl von Schülern unterrichten, Lehrer und Schüler können an jedem beliebigen Ort leben und können alles lehren bzw. lernen.
2. Für jegliches technische Personal kann Lehrmaterial herausgegeben und zusammengefaßt werden, das den Technikern ohne Umschweife und Kosten zugänglich ist.
3. Über Datenautobahnen können hochqualifizierte medizinische Dienste von den Städten in entfernte Gegenden gelangen. Datenautobahnen ermöglichen ständige Konsultationen zwischen Dorfarzt und Internist in der Stadt, direkte Gespräche zwischen dem Arzt in der Stadt und dem Patienten auf dem Lande sowie den Informationsaustausch zwischen medizinischem Personal auf dem Lande und dem Arzt in der Stadt über Krankheitsverlauf, Röntgenaufnahmen u.ä.
4. Datenautobahnen können Menschen unabhängig vom Wohnort Arbeit in Form von Heimarbeit beschaffen. Heimarbeit über Telefon erspart in den Städten Kosten für Büroraum und verringert den Verkehr und damit Luftverschmutzung.

Die technischen Voraussetzungen für den Bau der Datenautobahnen seien in China gegeben, heißt es weiter (ebd.). Alle notwendigen Techniken seien voll ausgebildet. Zwar sei China ein Entwicklungsland und seine Kommunikationsanlagen seien relativ rückständig, aber hinsichtlich des Baus eigener Datenautobahnen berge dies auch eine Chance. China könne nämlich das Industriezeitalter überspringen, direkt modernste Technik anwenden und direkt ins Informationszeitalter eintreten. Demgegenüber würden die meisten entwickelten Länder ihr Informationssystem langsam und schrittweise ausbauen, weil sie Überlegungen anstellen müßten, ob sie die alte Technik abschaffen oder verändern. Dergleichen Lasten habe China nicht, es könne frei und binnen kürzester Zeit ins 21. Jahrhundert springen. Bevor es allgemeines

Telefon, ja sogar ein allgemeines Straßensystem bereitstelle, baue es Datenautobahnen.

Auch in diesem Zusammenhang wurde wieder deutlich, daß die moderne Informationstechnik in erster Linie der Wirtschaft dienen soll. Die Datenautobahnen können China beim Aufbau einer einheitlichen Volkswirtschaft helfen, sie können Regierung und Unternehmen helfen, rechtzeitig Finanznachrichten zu erfahren und währungspolitische Regulierungen vorzunehmen, und sie können der Regierung bei wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen helfen (ebd.).

Unterdessen hat die Regierung das ehrgeizigste Projekt für die Wirtschaft begonnen, nämlich die 360.000 Staatsunternehmen und 8,6 Mio. andere Unternehmen und Firmen mit Regierungsstellen über Computer zu vernetzen. Das Projekt trägt die Bezeichnung "Golden Enterprises Project" und soll bis zur Jahrhundertwende etabliert sein. (XNA, 4.4.95; *Business Post/SCMP*, 29.3.95) -st-

*(21)

Anschluß ans Internet

China hat nach längerer Testphase durch das Ministerium für Post und Telekommunikation das China Internet gegründet und dieses im April offiziell an das weltweite Informationssystem Internet angeschlossen. Damit können Computerbenutzer in China weltweit über Internet Informationen austauschen. Der Zugang erfolgt über zwei verschiedene, in den letzten Jahren in China gebaute Telekommunikationsnetze: die Chinapac (China Public Packet Switching Data Network) und die ChinaDDN (China Public Data and Digital Network). Beide Netze sollen recht umfangreich und technisch fortgeschritten sein. Chinapac erstreckt sich auf 688 Städte mit ca. 60.000 Terminals, DDN auf 292 Städte. (XNA, 29.3.95)

Die Frage ist, ob angesichts der in China praktizierten restriktiven Informationspolitik der Zugang zum Internet tatsächlich jedem offensteht, wie in der Xinhua-Meldung angekündigt. Der Zugang zum Internet wird über die Vergabe von Nutzungsrechten geregelt. Die Aktivitäten der Benutzer im Netz selbst sind allerdings schwer zu kontrollieren. Praktisch könnten Benutzer in China kaum daran gehindert werden, politische Meinungsäußerungen ins Netz zu

geben, wie sie umgekehrt auch Zugriff auf partei- und regierungskritisches Material hätten, das im Ausland lebende chinesische Dissidenten einspeisen. Die Konsequenzen der neuen Informationstechnik sind für die chinesische Regierung nicht absehbar. Sie wird aller Wahrscheinlichkeit nach versuchen, Privatleuten den Zugang zum Internet durch prohibitiv hohe Benutzergebühren für Chinapac und ChinaDDN zu erschweren (IHT, 29.3.95). In der Praxis werden daher in erster Linie Angehörige von Universitäts- und Forschungsinstituten sowie anderen öffentlichen Institutionen Zugang zu dem weltweiten Informationssystem haben. -st-

*(22)

Chinesisches DOS-System setzt sich durch

Im Kampf darum, welches der verschiedenen für das Chinesische entwickelten Software-Programme sich in China durchsetzen wird, scheint sich jetzt ein Sieg der in China von der Beijing Hope High-Tech Group entwickelten DOS-Versionen UC DOS und UCWIN abzuzeichnen (vgl. dazu C.a., 1994/9, Ü 27). Die Staatliche Kommission für Wirtschaft und Handel, die für das "Golden Enterprises Project" verantwortlich zeichnet, das alle Unternehmen Chinas mit den Fachministerien der Zentrale vernetzen soll, hat angekündigt, daß es UC DOS und UCWIN für dieses Projekt verwenden wolle. Damit hat sich nach dem Staatlichen Statistischen Büro zum zweitenmal eine Regierungbehörde für die einheimische, in China entwickelte Software entschieden. Die Hope Computer Co. gehört zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften. Dort wurde die Entscheidung mit großer Genugtuung aufgenommen. Auch von Seiten des Elektronikministeriums wurde sie begrüßt. Man sei nicht gegen chinesische Programme, die vom Ausland entwickelt worden seien, aber diese müßten den Standardzeichen, der chinesischen Tradition und der chinesischen Denkweise entsprechen. UC DOS und UCWIN entsprächen der chinesischen Kultur. (Vgl. XNA, 4.4.95) -st-

*(23)

Weltfrauengipfel wirft Schatten voraus

Im Vorfeld der vierten Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen, die im September in Beijing stattfinden wird,

ist bereits für genügend Zündstoff gesorgt. Seit Monaten laufen in Beijing die Vorbereitungen für die Mammutkonferenz auf Hochtouren. Die Zeitungen berichten ausführlich und widmen sich auffallend mehr als üblich Frauenthemen. Dabei wird schon jetzt deutlich, daß China die Konferenz nicht nur als Prestigeveranstaltung, sondern auch zum Zweck der Propaganda nutzen wird, indem die offiziellen chinesischen Vertreter, allen voran die Vertreterinnen des Chinesischen Frauenverbandes, die Lage der Frau in den schönsten Farben darstellen werden. Gegenteilige Ansichten dürften von seiten chinesischer Frauen nicht zu erwarten sein, wohl aber von ausländischer Seite. Diese Aussicht bereitet der chinesischen Regierung zunehmend Sorge, und sie reagiert mit entsprechenden Entscheidungen, die im Ausland auf Ablehnung stoßen. Es sind vor allem zwei Entscheidungen, die bei den ausländischen Teilnehmerinnen Verärgerung hervorriefen: Zum einen will China die Teilnahme unliebsamer nichtoffizieller Delegationen begrenzen, zum anderen hat sie den Tagungsort der nichtoffiziellen Gruppen in ein kleines Dorf weit außerhalb Beijings verlegt.

Zu dem Frauengipfel werden rund 30.000 Gäste erwartet, 6.000 offizielle Delegierte, etwa 5.000 Journalisten und ca. 20.000 Teilnehmerinnen von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), die parallel zu der offiziellen Konferenz ein eigenes Forum abhalten. Insgesamt wollen an die 1.500 NGOs Vertreterinnen nach Beijing entsenden. Etwa 500 dieser Gruppen wird die Teilnahme von chinesischer Seite verwehrt, darunter z.B. tibetischen und taiwanesischen Frauengruppen, Lesbierinnen, Menschenrechtsgruppen und Gruppen, die strikt gegen Abtreibung sind. (Vgl. IHT, 5.4.95; FAZ, 6.4.95) Nach heftigen Protesten und Intervention der zuständigen UN-Kommission wurde erreicht, daß die Ablehnungen noch einmal überprüft und jeder Gruppe zumindest die Gründe für die Ablehnung genannt werden (SCMP, 8.4.95).

Ebenso stieß die Verlegung des Konferenzortes für die NGO-Vertreterinnen in das Dorf Huairou nahe der Großen Mauer 60 km von der Hauptstadt entfernt auf unterschiedenen Protest der ausländischen Konferenzorganisatoren, bisher allerdings ohne Erfolg. Als offiziellen Grund gab Beijing bauliche Mängel an dem ursprünglich in Beijing vorgesehenen Gebäude an. Der wahre Grund liegt aber offensichtlich darin,

daß die politische Führung in China verhindern will, daß es in der Hauptstadt während der Konferenz zu Demonstrationen radikaler Gruppen kommt und die NGOs Einfluß auf den Entscheidungsprozeß der offiziellen Konferenz nehmen könnten. Gerade dies, nämlich der Austausch zwischen den offiziellen und nichtoffiziellen Gruppen, gemeinsame Veranstaltungen und Diskussionen, ist von Unifem (United Nations Development Fund for Women) geplant. Dazu wird es nun wohl aufgrund der Entfernung der beiden Tagungsorte und der Programmgestaltung der Chinesen nicht kommen. (Vgl. SCMP, 5., 7. u. 25.4.95) -st-

*(24)

Neuer Drei-Zeichen-Klassiker

Im März 1995 wurde in Beijing ein "Neuer Drei-Zeichen-Klassiker" (*xin san zi jing*) veröffentlicht. Er soll der moralisch-patriotischen Erziehung der Schulkinder auf der Grund- und Mittelschule dienen. Seit Jahren mahnt die Partei immer wieder eine Stärkung der moralischen und patriotischen Erziehung unter der Jugend an und hat mehrfach das moralische Defizit zu einem der dringendsten Probleme der Bildungspolitik erklärt. Zur Abhilfe hat das ZK Ende August 1994 zwei wichtige Dokumente erlassen, ein Programm für patriotische Erziehung und seine Auffassungen zur Stärkung der moralischen Erziehung an den Schulen (vgl. dazu C.a., 1994/9, Ü 22). Vor diesem Hintergrund muß die Herausgabe des neuen "Klassikers" gesehen werden, denn es handelt sich hier um ein Lehrbuch für Kinder im Rahmen der Elementarbildung.

Der Vorschlag, einen aktuellen "Drei-Zeichen-Klassiker" zu verfassen, kam aus den Reihen der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Unter der Herausgeberschaft von Prof. Li Hanqiu wurde im vergangenen Sommer ein Entwurf vorgelegt, den die *Guangming-Zeitung* am 7.8.94 abdruckte. Nach zahlreichen Änderungen wurde die endgültige Version des Beijinger "Drei-Zeichen-Klassikers" im März dieses Jahres ausgeliefert und wird seitdem im Unterricht verwendet. Sie enthält 972 Schriftzeichen, die jeweils in kurzen Sätzen oder Teilsätzen zu je drei Zeichen angeordnet sind. In einfacher Sprache werden moralische, aber auch fachspezifische Inhalte (z.B. über Astronomie, Geographie, Geschichte, moderne Wissenschaft und

Technik und moralische Vorbilder) vermittelt. Hinzu kommen Erläuterungen und Kommentare von gut 40.000 Schriftzeichen, in denen die Drei-Zeichen-Perioden, die häufig schriftsprachlichen Anklang haben, kindgerecht erklärt werden. (Vgl. RMRB, 7.4.95, S.4; s.a. GMRB, 11.3.95, S.1.)

In der Provinz Guangdong wurde ebenfalls ein "Neuer Drei-Zeichen-Klassiker" herausgebracht. Er erschien im Februar 1995 und ist ein Buch zur moralischen Aufklärung von Grund- und Mittelschülern, das den "zeitgemäßen Geist des Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus" sowie die traditionellen chinesischen Werte vermitteln will. Das Buch findet großen Anklang in der Öffentlichkeit; in der Zeit von Mitte Februar bis Anfang April lagen bereits 30 Mio. Bestellungen vor. Außerdem haben knapp 20 Provinzen mit dem Guangdonger Verlag für Bildung Publikationsverträge geschlossen. (GMRB, 7.4.95, S.4)

Bemerkenswert ist, daß das Werk nach dem Vorbild des traditionellen "Drei-Zeichen-Klassikers" geschaffen wurde. Dieser stammt aus der Song-Zeit (960-1279) und diente acht Jahrhunderte lang dazu, den Kindern auf den privaten Schulen die konfuzianische Ethik zu vermitteln. Der "Neue Drei-Zeichen-Klassiker" weist die gleiche Form wie der alte auf und orientiert sich auch inhaltlich teilweise an dem alten Vorbild, doch wurden die Inhalte modernisiert und den heutigen Werten angepaßt. Dies gilt namentlich für die Gleichbehandlung der Frau, den Patriotismus, die Liebe zum Volk u.ä., ansonsten aber werden auch die traditionellen Werte propagiert, wie insbesondere die konfuzianische Familienethik (vgl. dazu RMRB, 7.4.95, S.12). Bei dem jetzt veröffentlichten Klassiker handelt es sich nicht um die erste Neubearbeitung. Im Jahre 1928 brachte der Gelehrte Zhang Binglin eine überarbeitete Version des "Drei-Zeichen-Klassikers" heraus. Früher wie heute spiegelt sich in diesen "Klassikern" für Kinder das Anliegen des Staates wider, die moralische Erziehung der Jugend durch ein verbindliches Lehrbuch zu steuern. -st-

*(25)

Verlag für religiöse Literatur

In Beijing wurde kürzlich der erste Verlag für religiöse Literatur gegründet. Der "Verlag für religiöse Kultur" (*zongjiao wenhua chubanshe*) untersteht

dem Religionsamt des Staatsrates; seine Gründung erfolgte mit Billigung der zentralen Behörde für das Presse- und Publikationswesen. Der Verlag sieht seine Aufgabe darin, neben Klassikern Schrifttum über Religionspolitik, Theorie, Kultur, Religionsgeschichte und Theologie zu publizieren. Der Direktor des staatlichen Religionsamtes Zhang Shengzuo ist zugleich Leiter des neuen Verlages. Er erklärte, der Verlag wolle religionswissenschaftliche Forschung ermöglichen und die gute traditionelle Religionskultur den Anhängern der verschiedenen Religionen nahebringen, und zwar mit Unterstützung der Öffentlichkeit und im Geiste der Religionsfreiheit. (RMRB, XNA, 9.4.95)

Die personelle Besetzung der Verlagsleitung läßt erkennen, daß der Verlag für religiöse Kultur kein unabhängiger Verlag ist, sondern staatlich kontrolliert ist und sich ganzundgar an die staatliche Religionspolitik halten wird. Diese suggeriert zwar Religionsfreiheit, doch ist auf dem Gebiet der Religion nur das erlaubt, was offiziell genehmigt ist. Insofern wird der Verlag nur solche Bücher veröffentlichen, die dem Staat genehm sind und die offizielle Religionspolitik widerspiegeln. -st-

*(26)

China hebt Importquoten für ausländische Filme auf

Einer Meldung der Xinhua-Nachrichtenagentur zufolge hat China beschlossen, die Importquoten für ausländische Filme in diesem Jahr aufzuheben (XNA, 19.4.95; vgl. IHT, 20.4.95). Erst im vergangenen Jahr war verfügt worden, daß der Anteil der ausländischen Filme auf dem chinesischen Markt nicht über 30 Prozent liegen dürfe (vgl. C.a., 1994/7, Ü 17). Die chinesischen Filmstudios produzieren pro Jahr etwa 220 Filme, und die offizielle Einfuhrquote für ausländische Filme betrug bislang etwa 60. Die Einfuhrerleichterung werde aber die Stellung der "China Film Export and Import Corporation" (ChinaFilm) nicht erschüttern, denn nach wie vor würden die gesamten Filmimportgeschäfte über die staatliche ChinaFilm abgewickelt, versicherte ein führender Vertreter der ChinaFilm (XNA, 19.4.95). Insofern bedeutet die Aufhebung der Importquote keinesfalls, daß Filme künftig frei importiert werden könnten. Tatsächlich wird es so sein, daß die Zahl der ausländischen Filme weiterhin staatlich kontrolliert sein wird, denn sie wird sich nach der

Kapazität der ChinaFilm und den Marktfluktuationen richten. Außerdem wird man an der Überprüfung der ausländischen Filme festhalten, um sicherzugehen, daß deren Inhalt mit den chinesischen Vorgaben übereinstimmt. Unabhängig von der Entscheidung, die Importquoten aufzuheben, will China pro Jahr weiterhin zehn Spitzenfilme aus dem Ausland einführen, wie im vergangenen Jahr beschlossen (vgl. C.a., 1994/7, Ü 17). Gerade laufen in chinesischen Filmtheatern die US-amerikanischen Filme "True Lies" und "The Fugitive", und für "Forrest Gump" haben die Chinesen ebenfalls Interesse gezeigt (XNA, 19.4.95; SCMP, 20.4.95).

Die Importquoten waren nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern vor allem zum Schutz der chinesischen Filmindustrie eingeführt worden. Diese ist daher über ihre Aufhebung nicht glücklich und verlangte erneut Schutzmaßnahmen gegen eine befürchtete Filmflut aus den USA; sie fordert z.B., die Zahl der großen ausländischen Filme ebenso wie die Spielzeit zu begrenzen und die Einkünfte aus solchen Filmen (die mit den ausländischen Vertragspartnern geteilt werden) lieber in die einheimische Filmindustrie als in den Kauf neuer ausländischer Filme zu stecken (SCMP, 10.4.95). Die staatliche Filmverwaltung versucht einen Mittelweg zu gehen. Auf der einen Seite versteht sie das Anliegen der chinesischen Filmindustrie, auf der anderen Seite soll durch die Einfuhr herausragender Filme die einheimische Filmproduktion zu besserer Qualität und das Publikum wieder zu verstärktem Kinobesuch angeregt werden. Aller Voraussicht nach wird sich auch nach Aufhebung der Importquoten die Zahl der jährlich eingeführten ausländischen Filme nicht wesentlich erhöhen. Die Grenzen sind durch die der ChinaFilm zur Verfügung stehenden Mittel und die Auswahlkriterien gesetzt.

In engem Zusammenhang mit der Aufhebung der Filmimportquoten steht eine andere Maßnahme, nämlich die Einrichtung eines chinesischen Netzwerkes zum Schutz von Copyrights für Filme. Durch dieses Netzwerk soll verhindert werden, daß ausländische Filme unautorisiert in China gezeigt werden. An das Netz werden chinesische Filmgesellschaften und Kinos angeschlossen, um gegenseitig Informationen über Raubkopien von Filmen auszutauschen. Derzeit wird gerade der Fall des Films "The Fugitive", der unerlaubt in China

gezeigt wurde, vor einem Guangdonger Gericht verhandelt, der Prozeß wurde sowohl von der ChinaFilm als auch von der Warner Brothers Company angestrengt. (XNA, 7.4.95) -st-

Außenwirtschaft

*(27)

Auslandsinvestitionen 1994: Besondere Merkmale und Herkunftsländer

Die Gesamtsumme der realisierten Auslandsinvestitionen belief sich 1994 auf 33,787 Mrd.US\$, ein Anstieg um rd. 30% gegenüber 1993. Allerdings ging die Zahl der neu genehmigten Projekte und das Volumen der vertraglich zugesagten Investitionen deutlich zurück. Das gesamte genehmigte Volumen der Auslandsinvestitionen machte 1994 "lediglich" 82,68 Mrd.US\$ aus und fiel damit im Vergleich zu 1993 um 26% zurück. Bei den wichtigsten Herkunftsländern gingen die genehmigten Investitionen wie folgt zurück:

Hongkong	-36,5%
Taiwan	-46%
USA	-12%

(Xinhua News Agency, Beijing, in English, 6.4.95, nach SWB, 19.4.95)

Diese Entwicklung wird jedoch als Hinweis auf eine verbesserte Struktur der Investitionen gesehen und als positiv bewertet.

Als ursächlich für den Rückgang der Projektzahl werden im einzelnen folgende Faktoren genannt:

- Begrenzung der Anzahl der Investitionsprojekte mit einem kleinen Projektvolumen durch die Regierung;
- Zurückhaltung bei den Auslandsinvestoren aufgrund neuer Anfang 1994 eingeführter Reformen;
- durch Dämpfung der überhitzten Investitionsnachfrage sanken die Auslandsinvestitionen im Immobiliensektor und in einfache Verarbeitungsindustrien und
- aufgrund der Kreditbeschränkungen entstand eine Knappheit an Devisen, die für Investitionsprojekte vorgesehen waren.

Als besondere Merkmale der 1994 realisierten Auslandsinvestitionen gelten:

- Beträchtlicher Anstieg der kapital- und technologieintensiven Projekte;
- Begrenzung der Immobilienprojekte;
- Anstieg der Projekte im Energie- und Transportsektor;
- Zunahme des Investitionsvolumens pro Projekt um 30% von 1,33 Mio. US\$ auf 1,71 Mio. US\$;
- Erhöhung der Auslandsinvestitionen in Industrieprojekten und
- Verstärkung des Investitionsengagements multinationaler Unternehmen; mehr als 200 der 500 größten multinationalen Unternehmen sollen in China vertreten sein.

Die Gesamtzahl der Unternehmen mit Auslandskapital, die inzwischen ihre Geschäftstätigkeit aufgenommen haben, wird mit rd. 100.000 angegeben, die insgesamt ca. 14 Mio. Beschäftigte aufweisen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 14.4.95, nach SWB, 19.4.95)

Die Aufteilung der realisierten Auslandsinvestitionen nach Herkunftsländern stellt sich für 1994 wie folgt dar:

Land:	Mrd.US\$
Hongkong/Macao	20,2
Taiwan	3,39
USA	2,49
Japan	2,08
Singapur	1,18
Südkorea	0,72
Großbritannien	0,69

Das Investitionsvolumen von Deutschland, Thailand und Kanada betrug nach den chinesischen Statistiken zufolge jeweils rd. 200 Mio. US\$. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 6.4.95, nach SWB, 19.4.95)

Um die Investitionen in die gewünschten Bahnen zu lenken, arbeitet die Regierung derzeit neue Richtlinien aus. Hierbei geht es in erster Linie um Investitionen in Infrastruktur und Grundstoffindustrien. Allein für Infrastrukturprojekte wird mit einem Bedarf von rd. 500 Mrd.US\$ bis zum Jahr 2000 gerechnet. 1994 sah bereits einen Anstieg der Auslandsinvestitionen im Bereich Transport- und Telekommunikation um 37% gegenüber 1993. Den Vorstellungen der Staatlichen Planungskommission und des MOFTEC zufolge sollten besondere Investitionsanreize für folgende Projekte gesetzt werden:

- Für die Verbesserung der Produktqualität;
- für die Einsparung von Energie und Rohstoffen;
- für Ausrüstungen und Materialien, die Gewinne und Technologieniveau der Unternehmen verbessern;
- für neue Techniken und Ausrüstungen zur Nutzung erneuerbarer Ressourcen sowie zur Verhütung und Kontrolle der Umweltverschmutzung;
- für Projekte zur Herstellung von Rohstoffen, Teilen und Komponenten, die für bestehende Produkte verwendet werden können;
- für die Beschleunigung der technischen Verbesserungen in großen und mittleren staatseigenen Unternehmen und
- für Projekte, die das vorhandene Arbeitskräfteangebot und Ressourcen in Westchina gut nutzen und mit den industriepolitischen Vorstellungen der Regierung übereinstimmen.

Die exportorientierten Unternehmen in den Küstenprovinzen sollen den Vorstellungen der Staatlichen Planungskommission entsprechend in verstärktem Maße technologieintensive Produkte sowie Produkte mit einer höheren Wertschöpfung entwickeln und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 19.4.95, nach SWB, 26.4.95)

Im Zusammenhang mit Auslandsinvestitionen in China erscheint die Befragung von 850 Industrieunternehmen Hongkongs von Interesse, die zwischen Juli und Mitte Oktober 1994 durchgeführt wurde. Der Untersuchung zufolge bezeichneten rd. 70% der befragten Unternehmer ihr Engagement auf dem chinesischen Festland als "zufriedenstellend", während lediglich ein Sechstel hohe Gewinne angaben. 98 Unternehmen bzw. 21,5% stuften ihr China-Geschäft als "wenig gewinnträchtig" ein, und 10% der Unternehmen machten "keine Gewinne".

Als größtes Problem nannten die Hongkonger Unternehmen die derzeitige Inflation; 61,6% erwarteten eine weitere Zunahme der Preissteigerungen. Im Hinblick auf eine Verbesserung der Investitionsbedingungen gaben die befragten Unternehmen u.a. folgende Empfehlungen:

- Verbesserung der Gesetze und Bestimmungen: 33,8%
- Verbesserung des Steuersystems: 18,7%